

## Schulobst verfault im Föderalismusdschungel

### *Kommunen mahnen schnelle Einigung zu Gunsten der Schulkinder an.*

Der Deutsche Städte und Gemeindebund hat Bund und Länder aufgefordert ihren Streit um die Schulobstaktion schnellstens zu beenden. Die zuständigen EU- Gremien hatten vor wenigen Monaten ein „Schulfruchtprogramm“ verabschiedet und mit EU- Mitteln in Höhe von 90 Mio. Euro ausgestattet. Deutschland würde 12, 5 Mio Euro aus diesen EU- Mitteln erhalten, wäre allerdings verpflichtet im Wege der Kofinanzierung einen gleich hohen Anteil zu leisten. Mit diesen Mitteln könnte ein wichtiger Baustein zur besseren Ernährung gerade von Grundschulkindern geleistet werden. 15 % der heutigen Grundschüler sind übergewichtig. Ihren falschen Ernährungsgewohnheiten könnte durch das Schulobst wirksam begegnet werden. Obwohl die Politik ständig die bessere Versorgung der Schüler in der Bildungsrepublik anstrebt, haben sich Bund und Länder bisher nicht auf das Programm einigen können. Stattdessen findet ein schwarzes Peterspiel zwischen Bund und Länder statt, wie die restlichen 12, 5 Mio Euro aufgebracht werden können. Damit droht die Gefahr, dass die europäischen Geldmittel nicht zur Verfügung gestellt werden und verfallen. Das ist nicht akzeptable. Gesunde Ernährung ist eine wichtige Voraussetzung für gute schulische Leistungen und einen gesunden Entwicklungsprozess. Es wäre bedauerlich, wenn Deutschland als größter Nettozahler in der EU wegen interner Streitigkeiten eine solche Chance nicht wahrnehmen würde. Wir brauchen eine schnelle Einigung im Vermittlungsausschuss damit das Gesetz noch in dieser Legislatur verabschiedet werden kann.